

Politik

SPD-Chef Gabriel geht gestärkt in Verhandlungen

Der kleine Parteitag unterstützt die Linie des Vorsitzenden: „Große Koalition, wenn die Inhalte stimmen“

VON UNSERER KORRESPONDENTIN ALEXANDRA JACOBSON

Berlin. Es ist keine leichte Aufgabe, die SPD-Chef Sigmar Gabriel zu schultern hat. Der 54-jährige Niedersachse muss mit der Union verhandeln und gleichzeitig skeptische Genossen von seiner Linie überzeugen: „Große Koalition, wenn die Inhalte stimmen.“ Die größte innerparteiliche Hürde dürfte der Parteichef nun aber genommen haben. Zwar wird am Ende von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU eine Mitgliederbefragung über einen Koalitionsvertrag entscheiden. Doch das Wagnis scheint überschaubar.

Die Große Koalition ist in der SPD beliebter, als manche Funktionärs-Äußerungen ahnen lassen. Von den SPD-Anhängern halten 67 Prozent sie für am ehesten geeignet, die anstehenden Probleme zu lösen, ergab jüngst das ZDF-Politbarometer. Ein ablehnendes Mitgliedervotum würde zudem die gesamte Führung ins Aus katapultieren. Und SPD-Vorsitzende wachsen nun mal nicht auf Bäumen.

Zudem will sich Gabriel Mitte November auf dem Parteitag wiederwählen lassen. Die Chancen auf ein positives Ergebnis stehen gut. Seine jetzige Seriosität beeindruckt die Genossen. Er hat auch manche Verletzungen aus Wahlkampfzeiten wieder behoben. Sein Verhältnis zu so einer wichtigen Führungsfigur wie Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier scheint zum Beispiel repariert zu sein. Die beiden funken auf derselben Wellenlänge.

„Besser als Sigmar Gabriel kann man es momentan nicht machen“, lobt der ostwestfälische SPD-Abgeordnete Achim Post aus Minden-Lübbecke, der die Debatte auf dem kleinen Parteitag als „leidenschaftlich, konstruktiv, reflektiert und an den Inhalten orientiert“ erlebte. Gabriel kann sich jetzt auch auf die mächtige NRW-Landesfürstin Hannelore Kraft stützen. Hatte sie bis vor kurzem mit ihrer Skepsis gegenüber der Großen Koalition noch die Genossen auf die Palme getrieben, hat sie jetzt eine verblüffende 180-Grad-Wende hingelegt. Ihre Argumente lauten nun: Die Große Koalition macht Sinn, wenn sich für die Menschen konkrete Verbesserungen ergeben.

In dem Zehn-Punkte-Programm, das das Gremium verabschiedet hat, ist der Mindestlohn von 8,50 Euro die zentrale Forderung der SPD. Aber es geht auch um Investitionen in Straßen, in Schulen und Hochschulen. Vielleicht ist Hannelore Kraft zum Schluss gekommen, dass Schwarz-Rot die Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen aufbessern könnte. In den bisherigen Sondierungsgesprächen hat sich ergeben, dass der Bund bis 2017 mit einem Plus von 15 Milliarden Euro rechnen kann. Bei Schwarz-Gelb wären diese Überschüsse wohl für die Tilgung von Staatsschulden verwendet worden, nun aber könnte das Geld in Investitionen gesteckt werden.

„Die Große Koalition wird teuer“, soll schon mancher Christdemokrat heimlich gestöhnt haben. Und auch Steffen Kampeter (CDU), Finanzstaatssekretär und OWL-Bezirkschef, ist hin- und hergerissen. „Ich freue mich, dass wir jetzt endlich loslegen können“, sagt Kampeter, kritisiert aber gleichzeitig, dass „sich die SPD im Kernkatalog auf Wahlgeschenke konzentriert. Die Koalition kann nicht stabil sein, wenn die einen alles erarbeiten und die anderen nur verteilen. Ich erwarte harte Verhandlungen.“

Gabriel ist klar, dass CDU und CSU nicht überfordert werden dürfen. Von Steuererhöhungen ist in dem Zehn-Punkte-Plan nicht mehr die Rede. Auch von einer Bürgerversicherung steht in dem Text nichts. Und das Betreuungsgeld wird zwar als „falscher Pfad“ kritisiert, aber eine Abschaffung wird nicht gefordert.

Die SPD-Linken hat dem Text noch einige wenige Sätze hinzugefügt. Bei der Infrastruktur heißt es: „Privatisierungen halten wir für den falschen Weg“ und bei den Finanzen: „Wir werden keine sozialen Kürzungen akzeptieren.“ Dafür sind nun maßgebliche Parteilinken mit im Boot. Ihr Wortführer im Parteivorstand, Ralf Stegner, lobte gestern ausdrücklich den kleinen Parteitag: „Wir haben gute Entscheidungen getroffen.“ Am Zuge

sei nun die CDU.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat am Sonntag einen ersten Triumph gefeiert: 85 Prozent der Delegierten beim kleinen Parteitag haben für die Aufnahme von Verhandlungen mit CDU und CSU gestimmt.

© 2013 Neue Westfälische
14 - Lübbecke (Altkreis), Montag 21. Oktober 2013